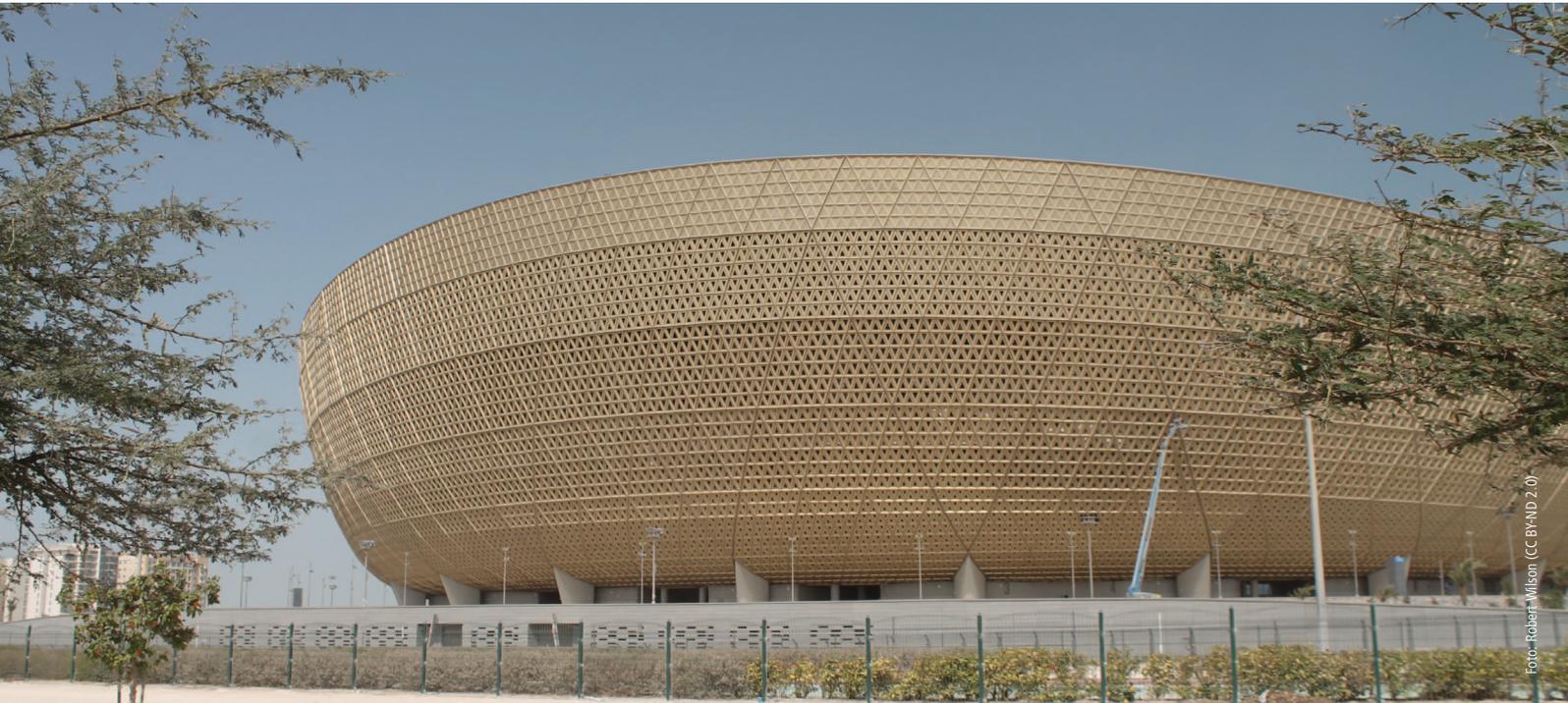


NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* IV/2022



Mit den acht WM-Stadien haben sich die Bauarbeiter_innen in Katar schon Denkmäler gesetzt wie hier in Doha. Ihr Haus für Selbstorganisation wird weniger Dominanz ausstrahlen und einladender sein

Zukunftsfähige Bauindustrie

Katars Haus der Arbeitenden

Die Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) hat durch strategisches und hartnäckiges Vorgehen die Arbeitsrechtslage im Wüstenstaat verbessert. Nun geht es um die Umsetzung.

»Ich bin zuversichtlich, dass es im Jahr 2023 ein Haus der Arbeitenden in Katar geben wird«, sagt Dietmar Schäfers. Der Vize-Präsident der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) ist immer wieder in den Wüstenstaat gereist, in dem kurz vor Weihnachten die Fußball-WM ausgetragen wird. Anders als viele Medienleute in ihren Berichten betont Schäfers die Fortschritte, die in den vergangenen Jahren bei den Arbeitsrechten erzielt werden konnten.

»Schritt für Schritt« sei es vorangegangen,

meint der Gewerkschafter. Das alles ändere natürlich nichts daran, dass Katar ein autoritäres Regime ist mit einem Emir als absolutem Monarchen an der Spitze. Auch die Gründung von Gewerkschaften ist noch in weiter Ferne. Doch anders als bei den Olympischen Spielen in China konnte das Sportgroßereignis genutzt werden, um politisch Einfluss zu nehmen. »Ich muss das nicht gut finden, was da passiert. Aber wenn man in so einem Land was verändern will, habe ich mich auf einen langen Prozess einzurichten. Das ist dann manchmal wie der Ritt auf der Rasierklinge«, bilanziert Schäfers seine Erfahrungen der vergangenen Jahre.

Im Dezember 2010 hatte der Weltfußballverband FIFA Katar den Zuschlag für die Fußballweltmeisterschaft 2022 erteilt. Zusammen →

Inhalt

Zukunftsfähige Bauindustrie

Katars Haus der Arbeitenden	S. 1
Der Kommentar: Vamos, Klimagerechtigkeit jetzt!	S. 3
Kampf gegen Asbest: »Und wer wird krank? Die Armen!«	S. 4
Klimafreundlicher Zement: Grüner Umbau auf Kosten der Beschäftigten	S. 5
Green Building in Afrika: Revival des traditionellen Bauens	S. 6

Aus den Projekten

Neustart nach Bruchlandung	S. 7
----------------------------------	------

In Kürze

IGB: Luca Visentini ist neuer Generalsekretär	
COP 27: Etwas Licht, viel Schatten	
Erneuerbare Energien: 12,7 Millionen Jobs	
Neuer Care-Report	
Filmtipp: Geisterschiffe	S. 8



Inside WM: Nach Protesten sind die Bedingungen auf Baustellen für das Weltereignis einigermaßen anständig

→ mit anderen Organisationen zeigte die BHI dem korrupten Verband die rote Karte und plädierte für einen Boykott der Spiele. Außerdem legte der Gewerkschafts-Verband Beschwerde bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein, weil das Emirat gegen das Übereinkommen zur Zwangsarbeit verstieß. Wie in vielen arabischen Ländern existierte auch dort das sogenannte Kafala-System. Dabei gelten Arbeitgeber als »Sponsoren«, die die Pässe ausländischer Beschäftigter einkassieren und darüber bestimmen können, ob sie den Job wechseln oder das Land verlassen dürfen.

Das in Katar für die Organisation der Fußball-WM zuständige Komitee (SC) wollte die BHI-Delegation nicht empfangen. Doch Schäfers und einige Kolleg_innen flogen trotzdem nach Doha – und weil sie nun schon mal da waren, zeigte man ihnen einige Baustellen, an denen wenig auszusetzen war. Nachts erkundeten die internationalen Gewerkschafter_innen die Lage auf eigene Faust. Sie sahen Unterkünfte, in denen katastrophale Zustände herrschten: Die Männer aus Nepal, Bangladesch, Indien und Pakistan lebten in drückender Enge, es gab viel zu wenige Waschräume und Küchen, die Toiletten standen vor Dreck.

Etwa 2,5 Millionen Arbeitsmigrant_innen gibt es in Katar, 900.000 davon sind in der Bauindustrie beschäftigt. Sie errichten Glaspaläste, U-Bahntunnel und Sportstadien, entladen Schiffe, schufteten in der Gasindustrie, beziehen Hotelbetten, waschen, putzen, servieren und verrichten all die vielen Tätigkeiten, die den etwa 300.000 Katarer_innen zu schwer oder zu lästig sind. Das Pro-Kopf-Einkommen der Einheimi-

schen zählt zu den höchsten der Welt, Gesundheitswesen und soziale Sicherungssysteme gelten als vorbildlich.

Die Gewerkschafter_innen analysierten die Positionen der verschiedenen Beteiligten. Sponsoren wie Coca-Cola und Adidas wollen nicht, dass die Fans bei der WM an geschundene Bauarbeitende erinnert werden und haben Einfluss auf die FIFA. Der Emir möchte international als fortschrittlich wahrgenommen werden und will auch nach der WM noch weitere internationale

»Ich muss das nicht gut finden, was da passiert. Aber wenn man in so einem Land was verändern will, habe ich mich auf einen langen Prozess einzurichten.«

Dietmar Schäfers

Sportevents ausrichten. Solche Interessen versuchte die BHI systematisch zu nutzen mit dem Ziel, Verbesserungen für alle Wanderarbeiter_innen zu erreichen.

Der einfachste Zugang war zunächst die Fokussierung auf die 40.000 Bauarbeiter auf den Stadion-Baustellen. Tatsächlich gelang es, dort internationale Kontrollen zur Arbeitssicherheit zu etablieren und Abkühlräume einzurichten. Gewählte Vertreter_innen der Arbeitnehmenden können per Handy oder persönlich kontaktiert werden. Auch die Unterkünfte und die Essensversorgung sind anständig, wie Betriebsräte aus europäischen Baufirmen nach Vor-Ort-Besuchen

bestätigten. »Am Ende aber war die Zusammenarbeit mit dem SC äußerst erfolgreich. Zumindest auf den WM-Baustellen war der Standard beim Arbeits- und Gesundheitsschutz vorbildlich«, so Schäfers.

Auch die FIFA sah sich 2016 gezwungen, ein Reformprogramm zu verabschieden und Menschenrechte in ihre Statuten aufzunehmen. Seit 2018 gibt es ein ILO-Büro in Katar. Das Land hat das Kafala-System offiziell abgeschafft. Ein Mindestlohn wurde eingeführt, und es existiert ein Fonds, der die Löhne von Pleite gegangenen Firmen übernimmt. Woran es allerdings hapert, ist die Umsetzung. Die staatlichen Kontrollen sind äußerst schwach, die Widerstände vieler Unternehmen stark.

Ohne Zweifel hat der Menschenrechtsanwalt Barun Ghimire aus Nepal deshalb Recht, wenn er den WM-Pokal als »blutbefleckt« bezeichnet. Allein aus seinem Land sind 2.000 junge Arbeitskräfte unter ungeklärten Umständen in Katar gestorben – die meisten wahrscheinlich an Hitzschlag, denn in der Wüste am Persischen Golf steigen die Temperaturen im Sommer oft auf 45 Grad.

»Wir sind ein sehr armes Land, viele Leute sind gezwungen, im Ausland Geld zu verdienen«, sagt Shanta Basneet von der nepalesischen Gewerkschaft CUPPEC, die Maler_innen, Installateur_innen und Elektriker_innen organisiert. Etwa ein Drittel von Nepals Bruttoinlandsprodukt beruht auf der Rücküberweisung von Löhnen aus dem Ausland. Stirbt ein_e Arbeitsmigrant_in, gibt es fast nie eine Obduktion und damit auch keine Entschädigung für die Hinterbliebenen. Sie verlieren nicht nur geliebte Menschen, sondern die Hauptverdiener_innen der Familie. Oft sind sie jetzt auch noch verschuldet, weil Agenturen in Nepal und Bangladesch einige tausend Euro Vermittlungsgebühren verlangen – obwohl Katar diese Praxis vor ein paar Jahren verboten hat.

Juristische Grundlagen für Verbesserungen sind geschaffen – ihre Wirkung ist bisher jedoch äußerst begrenzt. Um das zu ändern, setzt die BHI nun vor allem auf die Selbstorganisation der Migrant_innen. In Absprache mit dem Arbeitsministerium in Katar organisierte sie Versammlungen für Beschäftigte aus unterschiedlichen Branchen, die die gleiche Sprache sprechen und informierte sie dort über die offizielle Rechtslage. Ziel ist es, ein offenes Haus der Wanderarbeiter_innen zu etablieren, wo sie sich austauschen und gegenseitig informieren können. Schäfers ist optimistisch, dass es bald so weit ist. Auf jeden Fall wird die BHI auch nach der WM in Katar präsent bleiben.

 Autorin: Annette Jensen lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich viel mit Gewerkschaftsarbeit und Menschenrechten.

Vamos, Klimagerechtigkeit jetzt!

Der Bau- und Holzsektor ist zentral für das Erreichen der globalen Klimaziele, sagt Ambet Yuson. Der Umbau zu einer nachhaltigen Zukunft werde nur gelingen, wenn klar ist, dass die Beschäftigten dabei wichtige Akteure sind und keine potenziellen Opfer.

Die Mitglieder der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) spielen eine zentrale Rolle: Von der Gewinnung von Baumaterialien in Steinbrüchen und Wäldern bis zum Bau von Infrastrukturen oder großen Gebäuden besetzen sie die gesamte Wertschöpfungskette eines Sektors, der eine entscheidende Rolle in der Klimakrise spielt – trägt er doch mehr als 40 Prozent zu den Gesamtemissionen von Treibhausgasen bei. Bei der Herstellung insbesondere von Zement entsteht CO₂, ebenso beim Bauen selbst. Und zugleich verbraucht die Branche jede Menge Holz, sodass die Wälder – die Lungen des Planeten – weiter schrumpfen, anstatt zu wachsen.

Wegen dieses gewaltigen Beitrags können wir aber umgekehrt auch Teil der Lösung sein. Ohne uns kann der Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Welt nicht gelingen. Nur wir können die Energieeffizienz von Gebäuden verbessern, die Wälder nachhaltig bewirtschaften und den Klima-Fußabdruck von Materialien verringern. Wenn wir saubere Energieinfrastrukturen installieren, stärken wir die Widerstandsfähigkeit von Städten und Gemeinden und bauen sie in Krisenzeiten wieder auf.

Unsere Industrien haben mit den Anpassungen und mit alten Problemen zu kämpfen. Aber die Unternehmen kommen nicht darum herum, innovative Lösungen zu finden, wie sie den Ausstoß von Treibhausgasen verringern können. Denn sauberes Bauen ist heute – nicht zuletzt wegen der Klimaziele auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene – eine globale Forderung. Und tatsächlich werden neue und umweltfreundlichere Technologien und Materialien entwickelt. Grüner Zement wird als ein wichtiges Element der Dekarbonisierung in der gebauten Umwelt vermarktet. Nachhaltige Waldbewirtschaftung und Zertifizierungssysteme, die die Rechte der Arbeitnehmer_innen berücksichtigen, gewinnen durch Verpflichtungen und Maßnahmen von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialakteuren an Zugkraft.

Doch jenseits der Hochglanzbroschüren, politischen Bekundungen sowie technologischen Innovationen müssen vor allem auch die Arbeitnehmer_innen berücksichtigt werden. Denn das Fundament der planetarischen Nachhaltigkeit ist Klimagerechtigkeit. Deshalb hat Klimagerechtigkeit auch für die BHI in den kommenden Jahren

oberste Priorität. Das hat unser Weltkongress Anfang Oktober 2022 bekräftigt.

Das sieht so aus: Wir wollen den Arbeitnehmer_innen eine stärkere Stimme verschaffen und die Interessen und Ideen der Gewerkschaftsbewegung vorantreiben. Die BHI und ihre Mitgliedsorganisationen müssen dazu mit Wissen und Kapazitäten ausgestattet werden, um in den Klimadiskursen eine Rolle zu spielen. Ein wichtiger Ansatzpunkt sind die Beschäftigungsbedingungen. In zu vielen Staaten – seien es Entwicklungs- oder Industrieländer – ist die Bauwirtschaft von prekärer Arbeit geprägt. Arbeitgeber nutzen den unsicheren Status von Wanderarbeiter_innen, um sie auszubeuten und



Outside WM: Wanderarbeiter_innen brauchen immer und überall eine starke Stimme

Standards zu untergraben. Unter solchen Bedingungen kann jede Änderung in der Arbeitsorganisation und die Einführung jeder neuen – auch ökologischen – Technologie auf Kosten der Arbeitnehmer_innen gehen, Arbeitsplätze kosten, Defizite bei menschenwürdiger Arbeit verfestigen.

Die Herausforderungen der globalen Erwärmung bieten eine Chance, den Ausbeutungswettbewerb zu durchbrechen. Der Übergang muss genutzt werden, um die Zukunft der Arbeit genauso positiv zu beeinflussen wie die Stabilität und Nachhaltigkeit der Industrie. Der Erfolg des Sektors und seiner Klimabemühungen hängt von hochqualifizierten, qualifizierten und motivierten Arbeitnehmer_innen ab, die stolz auf ihre Berufe und auf ihre Arbeit sind. Die BHI ist der Ansicht, dass die Arbeitnehmer_innen weitergebildet werden müssen, um diese neuen Herausforderungen zu bewältigen. Zugleich muss im Rahmen eines gerechten Übergangs ein sozialer Schwerpunkt gesetzt werden, um sicherzustellen, dass auch alle entlassenen Arbeitneh-

mer_innen Rechte, sozialen Schutz, neue Ausbildungsmöglichkeiten und gute Beschäftigungsalternativen haben.

Die BHI hat gezeigt, wie das gehen kann: Wir arbeiten mit den Stadtverwaltungen an Maßnahmen, die die Emissionen aktiv verringern. Diese »C40-Cities-Initiative« fördert die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den beiden Seiten der Industrie beim sauberen Bauen und wird zu einer qualitativ hochwertigen Bauweise mit guten und sicheren Arbeitsplätzen beitragen.

Wir engagieren uns laut im Umfeld der Weltklimakonferenzen, so dass die Akteur_innen in der Klimapolitik nicht an den Gewerkschaften

vorbeikommen. Wenn die globale Erwärmung bekämpft werden soll, müssen die Arbeitnehmer_innen zu Akteur_innen und nicht zu Opfern werden. Die Gewerkschaften sollten sich an der politischen Entscheidungsfindung beteiligen und ihr Fachwissen auf globaler, nationaler, Branchen- und Unternehmensebene einsetzen.

Die gleiche globale Solidarität, die es der Welt ermöglichen wird, den Anstieg der Temperaturen zu bremsen, sollte sie selbst auch gerechter und integrativer machen. Bei der Rettung des Planeten geht es auch um die Zukunft der Arbeit und der Arbeitnehmer_innen.



Der Autor: Ambet Yuson

stammt von den Philippinen und ist Generalsekretär des globalen Gewerkschaftsnetzwerks Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI), die 12 Millionen Arbeiter_innen repräsentiert. Im Oktober 2022 wurde er in Madrid auf dem 5. Weltkongress im Amt bestätigt.



»Und wer wird krank? Die Armen!«

Jedes Jahr sterben schätzungsweise 200.000 Arbeiter_innen wegen Asbest. In Ländern wie Brasilien, die den hochgiftigen billigen Baustoff verboten haben, wird er noch verwendet. Warum ist der Kampf gegen ein weltweites Aus so schwierig?

Es ist ein drastisches Bild: »In Brasilien und in aller Welt ernährte die Asbestindustrie ihre Maschinen mit Menschenfleisch«, schreibt Eliane Brum, die viel über das Thema publiziert. »Sie wussten, was sie taten. Trotzdem taten sie es. Und sie tun es noch heute.« Schauplatz des millionenfachen Dramas, das die prominente brasilianische Journalistin so beschreibt, ist der Globale Süden.

Crecentia Mofokeng von der Bau- und Holzarbeiter-Internationale kämpft in Afrika für ein weltweites Verbot des hochgiftigen, aber sehr preiswerten Faserbaustoffs. Die meisten afrikanischen Länder hätten Asbest noch nicht verboten, meint sie. Und sagt: »Asbest ist billig, und wer wird krank? Die Armen.« Das interessiert wenige, der Kampf sei darum so schwierig.

Dunkelziffer ist hoch. »Oft treten die Krankheiten mit jahrzehntelanger Verzögerung auf«, sagt der Ex-Metaller Carlos Aparício Clemente aus dem brasilianischen Osasco. Der industrielle Vorort der Megametropole São Paulo ist das brasilianische Zentrum des politischen und juristischen Widerstands gegen Eternit und andere Firmen, deren Arbeiter_innen durch Asbest am Arbeitsplatz vergiftet wurden. Der 66-jährige Clemente ist seit 1979 dabei und hat seine Erfahrungen gemacht.

Als in den 1990ern Gewerkschaften in aller Welt Asbestverbote forderten, stellten viele Unternehmen aus der Baubranche und Bremsenfabriken langsam auf giffreie Ersatzstoffe um. Eternit schloss die Fabrik in Osasco. Schließlich verfügte der Oberste Gerichtshof 2017 das Verbot in Brasilien. Nur: Es werde immer noch oft unterlaufen, berichtet Clemente, »so gibt es viel zu wenige Inspekture des Arbeitsministeriums«. Und: Trotz des Verbotes ist Brasilien nach Russland, Kasachstan und China nach wie vor der viertgrößte Asbestexporteur.

Denn im zentralbrasilianischen Minaçu ist noch immer eine Weißasbestmine in Betrieb. Re-

kampfspenden unterstützt wurden, Professorinnen Studienaufträge bekamen und dann im Sinne der Asbestlobby publizierten. »Asbestexporteure und -importeure in aller Welt betreiben eine systematische Desinformationspolitik«, erklärt Fernanda Giannasi. Sie war früher im brasilianischen Arbeitsministerium Arbeitsinspektorin – und ist das bekannteste Gesicht der Anti-Asbest-Bewegung in Brasilien. Bei den Entschädigungen der Opfer und der Entsorgungsproblematik stehe man noch ganz am Anfang. Warum die Mine immer noch funktioniert? »Die Sache

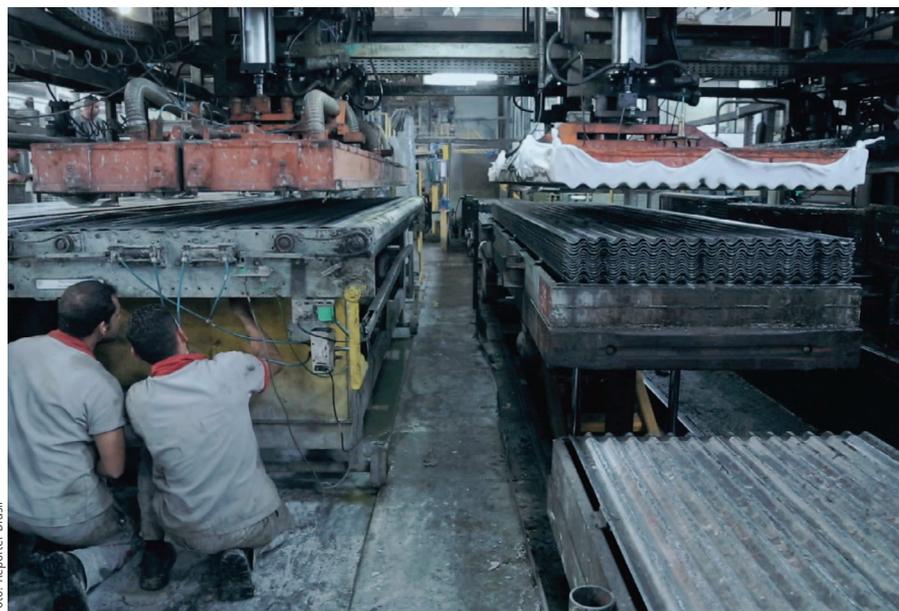
»Wir lassen nicht locker.«

Fernanda Giannasi

liegt schon lange beim Obersten Gericht«, weiß Giannasi. »Aber der Vorsitzende nimmt sie einfach nicht auf die Tagesordnung.«

Auch der kolumbianische Gewerkschafter Miguel Ángel Hernández, der sich seit 43 Jahren um Gesundheitsschäden am Arbeitsplatz kümmert, verweist auf die starke Lobby der Asbesthersteller. In Kolumbien ist erst Anfang 2021 ein Verbot in Kraft getreten. Die einzige Asbestmine des Landes hat auf den Abbau von Talkum umgestellt. Doch noch immer sind giftige Wellblechdächer in Armenvierteln beliebt. In Sibaté, einer Kleinstadt bei Bogotá, wo Abfälle der lokalen Eternit-Fabrik im ganzen Ort verbaut wurden, liefen die Klagen Betroffener gegen den Multi und den kolumbianischen Staat ins Leere. Immerhin hätten Arbeiter_innen, die einen gesundheitsgefährdenden Job hinter sich haben, nun Anspruch auf eine Sonderrente wegen »Spezialrisiken«, sagt Hernández.

Nilton Freitas aus Brasilien ist Regionalbeauftragter der Bau- und Holzarbeiter-Internationale für Lateinamerika. Er betont, die Verbote in verschiedenen Ländern und die weitgehende Reduzierung des Schadstoffs in der Produktion seien große Erfolge gewesen. So sei das Thema zuletzt in den Hintergrund gerückt. Doch nun sei es an der Zeit, wieder zu kämpfen. Er sagt: »Jetzt haben wir wieder Arbeitsgruppen gebildet, etwa zum Rückbau von Asbest. Ohne Druck und weitere Verbote wird die Lobby nicht nachgeben.«



Herstellung von asbesthaltigen Wellblechdächern im Bundesstaat São Paulo (2016)

Das ist auch in Lateinamerika nicht anders. Dort haben bisher auch nur sechs Länder ein Asbestverbot verhängt: Argentinien, Uruguay, Chile, Honduras, Brasilien und Kolumbien. Und auch das heißt noch nicht, dass Asbest dort völlig verschwunden ist. Dabei hält auch die Weltgesundheitsorganisation ein Verbot des Stoffes für alternativlos, da Jahr für Jahr weltweit grob geschätzt 200.000 Arbeiter_innen an Asbest-Erkrankungen wie Asbestose, dem bösartigen Mesotheliom-Tumor oder Lungenkrebs sterben. Die

gionalpolitiker_innen setzten dem Verbot ein eigenes Gesetz entgegen, der Abbau geht weiter. Die Eternit-Tochter Sama bestreitet, dass es Gefahren durch Asbest gebe, verweist auf Arbeitsplätze und den angeblich »sicheren Gebrauch« des Faserstoffs. Die dortige Gewerkschaft wird vom Unternehmen finanziert. Sie widerspricht nicht.

Brasilianische Dokumentarfilmer deckten unlängst auf, dass kranke Mitarbeitende Ablasszahlungen erhielten, Politiker mit üppigen Wahl-

 Autor: Günther Michahelles lebt seit vielen Jahren als Journalist in Lateinamerika, aktuell in Buenos Aires.

 Links: Film zum Asbestproblem
<https://programm.ard.de/?sendung=2872440007654038>

Gefordert: Weltweites Asbestverbot
<https://www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/internationale-kampagnen/stopp-asbest-weltweit>

Grüner Umbau auf Kosten der Beschäftigten

Ökologisch könnte man die jüngste Entwicklung des Schweizer Baustoffriesen Holcim für eine Erfolgsgeschichte halten. Sozial sieht es aber anders aus. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften wirft dem Konzern vor, Arbeitnehmer_innen für das neue grüne Ansehen auszubeuten.

Die Baustoffbranche hat derzeit mit vielen Herausforderungen zu kämpfen. Nach oben schießende Energiepreise, steigende Zinsen für Baukredite und zerrissene Lieferketten verschrecken die Bauherren und -frauen. Sie lassen Aufträge und Umsätze schrumpfen. Entsprechend ist auch die Nachfrage nach Zement deutlich zurückgegangen: Laut der World Cement Association ist sie in der ersten Jahreshälfte um 8 Prozent gefallen. Zugleich fehlt es vielen Unternehmen an Geld, denn immer mehr Banken oder Versicherungen steigen aus Investitionen in klimaschädliche Industrien aus. Steuerungsinstrumente wie der Emissionshandel in der EU lassen ihre Produktionskosten zusätzlich auch politisch gewollt klettern.

Zement ist ein gigantischer Klimakiller. Die Produktion verursacht mit rund 2,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid etwa 8 Prozent der globalen menschengemachten Treibhausgas-Emissionen jährlich. Das liegt vor allem am äußerst energieintensiven Prozess: Zement, das Klebemittel im Beton, wird aus den Hauptbestandteilen Kalkstein und Ton hergestellt. Das Gestein wird gemahlen, bei Temperaturen von über 1.400 Grad Celsius gebrannt und nochmals gemahlen.

Hier sind alternative Produktionsverfahren gefragt, daneben forschen die Baustoffkonzerne an Möglichkeiten, das während des Prozesses anfallende CO₂ abzuscheiden und entweder zu speichern oder als Rohstoff etwa an Chemieunternehmen zu verkaufen. Ganz gut zurecht mit der Umstellung auf nachhaltigere Verfahren kommt der schweizerisch-österreichische Konzern Holcim. Er ist eine aus der Fusion der Schweizer Firmen Holcim und der französischen Lafarge hervorgegangene Aktiengesellschaft mit Sitz im Schweizer Zug und gehört zu den größten globalen Baustoffproduzenten. 2022 will er einen Umsatz von 29 Milliarden Schweizer Franken (29,3 Milliarden Euro) erreichen. Während sich die Aktienkurse anderer großer Zementkonzerne seit Jahresbeginn zum Teil halbiert haben, musste Holcim nur Kursverluste von 5 Prozent hinnehmen. Trotzdem heißt es etwa bei der Nachrichtenagentur Reuters: »Anleger fassen die Aktie nur mit spitzen Fingern an.«

Das hat auch damit zu tun, dass Holcim keineswegs besonders gut dasteht, was die sogenannte unternehmerische Verantwortung angeht. Der Konzern trennt sich einerseits ent-



Zement ist nach Wasser das meistgenutzte Material der Welt. Bei der Produktion einer Tonne werden bis zu 600 Kilogramm CO₂ freigesetzt. Damit ist Zement ein echter Klimakiller

schlossen von traditionellen – also klimaschädlichen – Geschäftsbereichen, vor allem in Schwellenländern. In diesem Jahr beispielsweise hat er sein Indien-Geschäft für 6,4 Milliarden Franken verkauft, davor ist er aus Brasilien und Indonesien ausgestiegen. Damit senkte er seinen CO₂-Fußabdruck jeweils mit einem Schlag erheblich. Das erlöste Geld soll in Geschäftsbereiche außerhalb des Zements fließen, etwa in Bedachungen, Isolationen, Bodenbelägen und Mörtel.

Andererseits trägt er diesen Umbau auf dem Rücken der Beschäftigten aus.

Holcim hat die Zahl seiner direkt Beschäftigten in Asien von 135.000 auf weniger als 68.000 verringert.

Im Mai wandten sich die globalen Gewerkschaftsverbände IndustriALL Global Union, Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) und die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH), die insgesamt mehr als 62 Millionen Arbeitnehmer_innen in verschiedenen Branchen repräsentieren, an die Aktionär_innen der Holcim. Sie kritisierten den Verkauf der Unternehmenssparten, der dazu führe, dass der Konzern zunehmend mit Subunternehmen arbeitet.

So habe Holcim die Anzahl seiner direkt Beschäftigten in Asien von 135.000 auf weniger als 68.000 verringert. Das habe zur Folge, dass mehr als 80 Prozent der in der Region ansässigen Arbeitnehmer_innen in der Holcim-Wert-

schöpfungskette nur befristete Verträge hätten – »trotz der Tatsache, dass Holcims Produktionskapazitäten weiter steigen«.

Zudem habe nicht nur die soziale, sondern auch die gesundheitliche Sicherheit abgenommen. Von dem angestrebten Ziel von »Zero Harm« – also der Garantie sicherer Arbeit ohne Verletzungen und Todesfälle – sei der Konzern meilenweit entfernt. »Arbeitnehmer in den Zementwerken von Holcim sind kontinuierlich mit gefährlichen Arbeitsbedingungen, unverhältnismäßig vielen Überstunden, fehlender Schutzausrüstung und unbezahlten Abwesenheitstagen konfrontiert«, schrieben die Gewerkschaften. Dabei müsse die Garantie eigentlich ausgebaut werden und auch für Beschäftigte in den Subunternehmen gelten.

Auch in Afrika setzt der Konzern auf Outsourcing und auch hier sind die Konsequenzen für die Arbeitnehmer_innen fatal. Anfang des Jahres starben in einer Holcim-Fabrik in Uganda drei Menschen, acht wurden verletzt, als bei der Installation eines Dieseltanks ein Feuer ausbrach. Die Tragödie lenkte den Blick auf den Umgang mit den Beschäftigten in dem Werk. Seit Jahren werden dort Mitarbeitende entlassen, die sich gewerkschaftlich engagieren, und durch Subunternehmer ersetzt. Der Weg für Holcim zu einem wirklich nachhaltigen Unternehmen ist also noch lang.

 Die Autorin: Heike Holdinghausen ist Journalistin, lebt in Berlin und beschäftigt sich vor allem mit Rohstoffpolitik.

Revival des traditionellen Bauens



Foto: Susana Secretariat (CC BY 2.0)

Nicht nur für Bürogebäude: Die NGO Sustainable Sanitation Alliance baut mit Dorfgemeinschaften in Burkina Faso auch Sanitärgebäude aus Lehmziegeln

In vielen afrikanischen Staaten boomt die Bauindustrie. Nachhaltiges Bauen wird dabei immer wichtiger – es ist nicht nur klimaschonender, sondern dank lokaler Rohstoffe oft auch günstiger. Zudem sind die grünen Gebäude auf die zunehmende Erhitzung ausgerichtet und nützen so allen.

Als der Architekt Francis Kéré in seinem Heimatort Gando in Burkina-Faso für Lehmziegel warb, stieß er zunächst auf Ablehnung. Der traditionelle Baustoff galt als brüchig und minderwertig. Präferiert wurden »westliche« Materialien wie Zement. Der Student konnte die Dorfgemeinschaft aber von seinen Lehmziegeln überzeugen und vollendete 2001 die Gando Grundschule, die bald danach als Top-Beispiel für nachhaltiges und soziales Bauen galt.

Dass die Bauindustrie in den großen Metropolen Afrikas boomt, hat viele Gründe: Die Bevölkerung wächst, die Wirtschaft auch. Ein Plus zwischen 2 und 7 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt spielt Geld in die Hände von Eliten, die wiederum in Hochhäuser, Bürokomplexe und Wohnblöcke investieren. Und nach jahrzehntelangem kommerziellen Bauen mit »westlichen« Materialien wie Zement erlebt nachhaltiges Bauen derzeit ein Revival, das auf traditionelle Techniken und Baustoffe wie Lehmziegel zurückgreift.

»Afrika wird mit am schwersten vom Klimawandel betroffen sein. Es ist wichtig, dass wir dafür bereit sind«, sagt Danjuma Waniko, Präsident des Nigeria Green Building Council. »Grüne Gebäude mindern nicht nur CO₂-Emissionen, sondern sie helfen auch bei der Adaption. Wenn es heißer wird und wir mehr Fluten haben, brauchen wir grüne Gebäude, die dem Stand halten.«

Insgesamt gibt es in den afrikanischen Ländern 13 solcher Räte für Grünes Bauen. Sie sind gemeinnützige Organisationen, die sich über ihre Mitglieder tragen und Zertifizierung, Training, Informationen sowie konkrete Hilfestellungen zu nachhaltigem Bauen anbieten. Damit gemeint ist das Errichten energieeffizienter, ressourcenschonender und umweltbewusster Gebäude. Das beginnt mit dem umweltschonenden Standort und beinhaltet die Auswahl von nachhaltigen und umweltverträglichen Materialien. Es umfasst Praktiken im Design, der Konstruktion und dem späteren Betrieb, die möglichst wenig Abfall ver-

Die Vernetzung von Gewerkschaften zum Thema grünes Bauen nimmt Fahrt auf.

ursachen, Emissionen ausstoßen und Energie verbrauchen.

Dieser Trend zur ökologischen und sozialen Transformation der Bauindustrie ist ganz im Sinne der afrikanischen Baugewerkschaften. Als Teil des Internationalen Bau und Holzarbeiter-Gewerkschaftsverbands BHI erklärten sie im Vorfeld der internationalen Klimakonferenz in Ägypten, der COP27, Arbeitnehmer_innen in der Baubranche seien besonders vom Klimawandel betroffen, zum Beispiel von Hitzewellen und anderen extremen Wetterereignissen. Sie fordern deshalb »eine mutige Politik für Klimawandel und wirtschaftliche Gerechtigkeit«. Neben Investitionen in Arbeiter_innen und der Einhaltung von Arbeitsstandards verlangen sie beispielsweise verantwortungsvolle öffentliche Auftragsvergabe für grüne Gebäude und erneuerbare Energiein-

frastruktur. Aber auch Unternehmen und Finanzinstitute müssten einen stärkeren Fokus auf nachhaltiges Bauen legen.

»Die größte Herausforderung, die wir im Moment haben, ist fehlendes Bewusstsein, und dass Leute glauben, nachhaltiges Bauen sei teuer. Aber der Kostenunterschied ist nicht so groß«, erklärt Waniko. Oft könne grünes Bauen sogar günstiger sein, wenn zum Beispiel lokale Materialien genutzt würden. Zudem würden höhere Kosten bei Baubeginn durch spätere Energieeinsparungen wieder ausgeglichen, sagt Waniko.

So sieht das auch Architekt Anthony Okoye. Eines seiner letzten Gebäude ist das nationale IT-Zentrum in Abuja, Nigeria, das 2021 fertig gestellt wurde. »Unser Grundgedanke bei dem Gebäude war, möglichst viel passive Energie zu nutzen, also beispielsweise natürliches Licht«, sagt Okoye. Für die natürliche Kühlung kommen Sonnenblenden zum Einsatz. Außerdem ist das Gebäude so ausgerichtet, dass der Südwestwind eingefangen wird und zirkuliert. Gebaut wurde es aus in der Region abgebautem Granit. Geplant sind noch ein grünes Dach, das ebenfalls kühlend wirkt, und Solarpaneele für die Nachtbeleuchtung.

Auch Okoye sieht noch Raum nach oben beim Bewusstsein für nachhaltiges Bauen. Nicht nur bei Investoren, sondern auch bei den Beschäftigten – sowohl bei den Architekt_innen als auch bei den Bauarbeiter_innen. Der Regionalausschuss Afrika- und Mittlerer Osten der BHI fordert deshalb Regierungen und Unternehmen auf, in Aus- und Weiterbildungen im nachhaltigen Bauen zu investieren.

Manche Regierungen haben diese Chance für den Arbeitsmarkt bereits aufgegriffen. Südafrika, Sambia und Mosambik begannen 2013 gezielt, Bauarbeiter_innen und Beschäftigte kleiner Unternehmen im nachhaltigen Baugewerbe zu fördern. Die Länder geben an, sie konnten dadurch das Bewusstsein für nachhaltiges Bauen erweitern und mehrere Tausend grüner Jobs schaffen.

Die Vernetzung von Gewerkschaften zum Thema grünes Bauen nimmt derzeit Fahrt auf. Im Netzwerk der Bauindustrie im südlichen Afrika etwa koordinieren sich Gewerkschaften und Organisationen aus fünf Staaten für eine grünere Bauwirtschaft. In Simbabwe drängt die Gewerkschaft der Zementarbeiter (CLAWUZ) darauf, die Zementfabriken auf erneuerbare Energiequellen umzustellen. In Burkina Faso hat die Bau-Gewerkschaft FTBBF das Training selbst in die Hand genommen und bildet junge Menschen in Solarinstallationen aus.

 Autorin: Leila van Rinsum ist Journalistin und lebt in Berlin. Davor hat sie unter anderem für verschiedene Institutionen in Kenia gearbeitet.

Neustart nach Bruchlandung

In der Luftfahrtindustrie verloren während der Pandemie viele Beschäftigte ihren Job. An vier Flughäfen in Südostasien sollen Gewerkschaften nun wieder gestärkt werden.

»Die größte Herausforderung beim Organisieren von Flughafenpersonal sind die prekären Arbeitsverhältnisse«, sagt Erin van der Maas. »Viele Beschäftigte sind nicht direkt bei den Firmen angestellt, für die sie arbeiten. Verträge sind oft befristet, Arbeitsgesetze werden nicht eingehalten, Firmen versuchen, gewerkschaftliches Organisieren durch Entlassungen zu verhindern.« Es herrsche ein »Klima der Angst«.

Van der Maas leitet das Programm Organisationsarbeit an Flughäfen der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF). In Südostasien liegt ein Schwerpunkt auf den Airports in Bangkok (Thailand), Jakarta (Indonesien), Manila (Philippinen) und Kuala Lumpur (Malaysia). Die Projekte in Bangkok und Jakarta laufen seit mehr als drei Jahren, die in Manila und Kuala Lumpur haben gerade begonnen und werden vom DGB Bildungswerk mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Mit dem Programm sollen die neoliberalen Umstrukturierungen in der Branche gekontert werden. Auslagerungen und Fragmentierungen begannen lange vor der Covid-19-Pandemie. Doch mit dieser für die Luftfahrt beispiellosen Krise wurden gewerkschaftliche Antworten umso dringlicher. Den pandemiebedingten Einbruch des Flugverkehrs nutzten Unternehmen zu weiteren Umstrukturierungen auf Kosten der Beschäftigten. 2020 und 2021 gingen die Passagierzahlen im globalen Luftverkehr laut der Internationalen Luftfahrtorganisation ICAO im Vergleich zu 2019 um 60 und 49 Prozent zurück.

Die Luftfahrtindustrie verlor ein Drittel ihrer Jobs, schätzte ITF-Luftfahrtsekretär Gabriel Mocho Rodriguez in einem Interview.

Dabei waren Fluggesellschaften Hauptempfänger staatlicher Subventionen. Doch nur selten waren diese mit Auflagen zugunsten der Beschäftigten verbunden. Vielmehr griffen Regierungen, Airlines und Flughafenbetriebe mit Massenentlassungen Arbeitnehmerrechte und -vertretungen an. Die Strategie des »fire and rehire«, also das Aushebeln von Tarifverträgen durch Kündigungen und Neueinstellungen zu schlechteren Bedingungen, wurde gängige Praxis, so das Fazit einer Studie der Universität Greenwich.

»Fire and rehire« wurde gängige Praxis.

Zum Beispiel Thailand: Kurz nach Beginn der Pandemie reduzierte die Regierung im Mai 2020 den staatlichen Anteil an der angeschlagenen nationalen Fluggesellschaft Thai Airways (Thai) von 51 auf 48 Prozent. Damit entfiel für die bisherige Gewerkschaft der Thai-Mitarbeitenden (mehr als 10.000 Mitglieder) die Rechtsgrundlage. Denn Thailands Gesetze verlangen getrennte Gewerkschaften für staatliche und private Betriebe. Einen ähnlichen Angriff gab es auf die Vertretung der Mitarbeitenden im Sicherheitsbereich der Flughäfen Bangkok und Phuket. Diese arbeiten für ein Subunternehmen des Betreibers AoT. Der wechselte in der Krise plötzlich das Subunternehmen. Die Beschäftigten verloren ihre Arbeit, und bekamen im neuen Unternehmen nur Jobs zu schlechteren Konditionen.

Im Rahmen des Organisationsprojektes gelang es laut van der Maas, eine schon existierende kleine Gewerkschaft als Keimzelle zu nutzen, um die Mitarbeitenden des neuen Subun-

ternehmens zu organisieren. »Die wichtigste Lehre ist, über bestehende Gewerkschaften zu organisieren. Diese haben wichtige Informationen und Kontakte, können Hilfe leisten und Schutz bieten«, sagt van der Maas. »Doch müssen diese etablierten Gewerkschaften, die sich bisher nur für eine Berufsgruppe und eine Firma zuständig fühlen, überzeugt werden, sich nicht nur um ihre bisherigen Mitglieder zu kümmern.«

Auch hilft es, an einem Flughafen die Gewerkschaften unterschiedlicher Berufsgruppen miteinander zu vernetzen. In Bangkok funktioniert dies informell, in Jakarta gründeten sechs Gewerkschaften schon 2019 die Föderation FSPBI. Weitere wollen sich anschließen. Trotzdem war auch dort die Krise ein Rückschlag. »Vor der Pandemie hatten wir mehr als 10.000 Mitglieder, 2021 waren es nur noch 6.500«, sagt FSPBI-Generalsekretärin Jacqueline Tuwanakotta. Ein neues Arbeitsgesetz und die vielen befristeten Verträge erschweren laut Tuwanakotta die Organisierung: »Junge Beschäftigte wollen während der kurzen Laufzeit ihrer Verträge möglichst Geld verdienen. An Gewerkschaften sind sie nicht interessiert, weil sie sich ohnehin bald neue Jobs suchen müssen.«

In Manila, wo im Rahmen des ITF-Projektes zunächst zwei Organisatoren finanziert werden, soll ein Frauennetzwerk bald weibliche Beschäftigte unterschiedlicher Firmen vernetzen, hofft van der Maas. Doch ein großes Problem seien die gewerkschaftsfeindlichen Billigfluglinien: »Dort können wir nicht offen organisieren. Erst wenn in einer solchen Airline viele Beschäftigte mitmachen, können wir mit der Forderung nach einem Tarifvertrag herauskommen. Sonst gefährden wir den Lebensunterhalt vieler.«

 Autor: Sven Hansen lebt als Journalist in Berlin und ist Experte für Asien.



Gemeinsam kämpferisch trotz Pandemie: FSPBI-Gewerkschafter_innen bei der Strategieentwicklung ...



... und bei Protesten gegen Union Busting-Versuche

Fotos: FSPBI

IGB: Luca Visentini ist neuer Generalsekretär



Foto: ILO (CC BY-NC-ND 2.0)

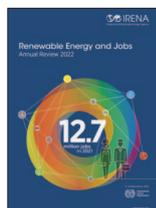
Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat einen neuen Generalsekretär. Auf dem 5. IGB-Weltkongress im November in Melbourne wählten die Delegierten aus mehr als 120 Ländern Luca Visentini an die Spitze. Der Italiener folgt auf die Australierin Sharan Burrow, die den IGB seit seiner Gründung im Jahr 2006 zunächst als Präsidentin und seit 2010 als Generalsekretärin vertreten hatte. Zu Stellvertretenden Generalsekretär_innen wurden gewählt: Jordania Ureña Lora, aus der Dominikanischen Republik, Eric Mwezi Manzi aus Kenia und Owen Tudor aus dem Vereinigten Königreich. Neue Präsidentin ist die Japanerin Akiko Gono, Vizepräsidentin und -präsident sind die US-Amerikanerin Cathy Feingold und der Brasilianer Antonio Lisboa. Visentini ist seit 2015 Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Nach seiner Wahl durch das globale Arbeitnehmendenparlament sagte er, er sei »stolz (...), die Stimme der arbeitenden Menschen auf der Weltbühne zu vertreten«. Wegen der multiplen Krisen und im derzeitige System könnten sich arbeitende Menschen nicht sicher und abgesichert fühlen. »Die Welt steht am Rande eines wirtschaftlichen Abschwungs, und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind an vorderster Front davon betroffen.« Der IGB werde »die Forderung nach einem neuen Wirtschaftsmodell auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrags anführen«. Ziel seien klimafreundliche Arbeitsplätze, Arbeitnehmer_innenrechte, gerechte Löhne, sozialer Schutz, Gleichheit und Integration.

COP 27: Etwas Licht, viel Schatten

Der angekündigte Fonds zur Entschädigung von »Verlusten und Schäden«, die die Klimakrise im globalen Süden hinterlässt, ist das beste Ergebnis der Weltklimakonferenz (COP27) im November in Sharm El-Sheikh. Das erklärte der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) nach deren Abschluss. Auch dass es ein Arbeitsprogramm zum gerechten Übergang geben solle, sei zu begrüßen – allerdings müssten die »Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Platz am Tisch haben, wenn es um einen Übergang geht, der den Planeten, die Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften stabilisiert«. Eric Manzi, stellvertretender Generalsekretär des IGB-Afrika, sagte: »Um die Widerstandsfähigkeit von Arbeitnehmern, Familien und Gemeinschaften zu stärken, sind umfassende und universelle Sozialschutz-

systeme erforderlich. Wir brauchen die Mittel, um sicherzustellen, dass diese Systeme Arbeitslosenunterstützung und grundlegende Gesundheitsdienste bereitstellen können.« In der gemeinsamen IGB-Erklärung heißt es, die Gewerkschaften seien aber auch sehr besorgt, »dass sich die Länder nicht verpflichtet haben, die Arbeits- und Menschenrechte zu achten«. Schließlich seien das Recht auf freie Gewerkschaften, Tarifverhandlungen sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für einen gerechten Übergang unerlässlich. Und auch eine ehrgeizige Klimapolitik könne nur dann erfolgreich sein, wenn das Vertrauen besteht, dass die Rechte aller geachtet werden.

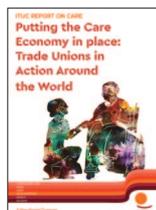
Erneuerbare Energien: 12,7 Millionen Jobs



Mehr und mehr Länder schaffen Arbeitsplätze in den Erneuerbaren Energien: Ende 2021 gab es dort weltweit 12,7 Millionen Beschäftigte - 700.000 Stellen mehr als 2020. Das zeigt der Bericht »Renewable energy and Jobs: Annual Review 2022«, den die Internationale Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) zusammen mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO veröffentlicht hat. Staaten treibe die Sorge um die Erderhitzung und löchrige Lieferketten an. Hinzu komme der Wiederaufbau nach der Coronapandemie. Die Solarenergie ist dabei der Sektor mit dem schnellsten Wachstum. Die Dynamik ist von Land zu Land aber verschieden. Allein China hat einen Anteil von 42 Prozent an allen neu geschaffenen Stellen weltweit. Die EU und Brasilien kommen auf je 10 Prozent, die USA und Indien auf jeweils 7 Prozent.

Der Report: https://www.irena.org/-/media/Files/IRENA/Agency/Publication/2022/Sep/IRENA_Renewable_energy_and_jobs_2022.pdf?rev=7c0be3e04bfa4cddaedb4277861b1b61

Neuer Care-Report



Der Neue Sozialvertrag des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB fordert, bis 2030 575 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Beschäftigungsverhältnisse von mindestens einer Milliarde informell Arbeitenden zu formalisieren. Im Mittelpunkt sollen Investitionen in die Pflegewirtschaft stehen. Dazu hat der IGB einen neuen Bericht veröffentlicht. Er stellt Initiativen von Gewerkschaften und Regierungen zur Stärkung der Pflegewirtschaft in 6 Ländern vor: Ka-

nada, Dominikanische Republik, Argentinien, Indien, Südafrika und Spanien. Und er zeigt, wie öffentliche Investitionen in Kinderbetreuung, Langzeitpflege und familienfreundliche Arbeitsmarktpolitik die Beschäftigungslücke zwischen den Geschlechtern und die Unterschiede bei den Einkommen verringern kann.

Der Report: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/en_care_economy_v3.pdf

Filmtipp: Geisterschiffe

Thailand ist einer der größten Exporteure von Meeresfrüchten weltweit und verfügt über eine riesige Fischereiflotte. Doch die jahrzehntelange Überfischung hat die Bestände in der Region dezimiert. Heute muss man Tausende von Meilen reisen, um die Netze zu füllen. Um den Verschleiß von Arbeitskräften auszugleichen, verkaufen Menschenhändler Männer aus verarmten Ländern wie Myanmar, Laos oder Kambodscha an die Fischereibetriebe und verdammen sie zur Sklaverei. Das Labour Protection Network hat sich dem Ziel verschrieben, die gefangenen Männer zu befreien und in ihre Heimat zurückzubringen. Das Regie-Duo Shannon Service und Jeffrey Waldron hat die Aktivistin Patima Tungpuchayakul begleitet. Der daraus entstandene Dokumentarfilm »Geisterschiffe – Der wahre Preis für unseren Fisch« kommt im November ins Kino.

Termine und Vorführlizenzen: <https://www.wfilm.de/geisterschiffe/cast-crew/>

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Projektleitung: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk e. V.
Nord-Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung